



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919**

Vertreibung Alexanders I. von Bulgarien. Österreichische Balkanpolitik

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

land oder England mit größerem Haffe beehrte. Sie stachelte das französische Volk zu eifersüchtigem Wettbewerb auch gegen Albion auf, weil es den kolonialen Plänen der Republik auf dem ganzen Erdenrund entgegenwirkte, und das waren, solange Boulanger noch etwas in seinem Lande galt, keine bloßen Schaumschlägereien. Ganz von selbst rückten infolgedessen Deutschland und Großbritannien einander näher. Damit blieb Salisbury sich selbst treu: seit jeher war er dem Zusammengehen mit Deutschland geneigt und hatte den Abschluß des mittlereuropäischen Bündnisses am 18. Oktober 1879 mit einer Rede begrüßt, in der er, als Minister des Außern unter Disraeli, das weltbewegende Ereignis „eine gute Botschaft von großer Freude“ nannte. Er war in der alten englischen Auffassung aufgewachsen, die in Frankreich den Nebenbuhler, in Rußland den Erbfeind sah. Ihm als sattelfestem Konservativen war das straff regierte Deutschland sympathisch. Auch darin stand er zu Gladstone in scharfem Gegensatz: dieser fühlte sich zur französischen Demokratie hingezogen und hatte nach der Niederlage Frankreichs 1871 öffentlich die Besorgnis ausgesprochen, die starke Militärmacht, die inmitten des Weltteils entstanden war, könnte der Völkerfreiheit abträglich werden. Bismarck und Gladstone waren ganz verschiedene Naturen, so daß der Reichskanzler tiefe Abneigung gegen den englischen Staatsmann hegte; als dieser den Fürsten nach dessen Rücktritt in Friedrichsruh besuchen wollte, lehnte Bismarck höflich ab, zu seiner Umgebung bemerkend, er wolle den alten Sünder nicht sehen. Dagegen verstand sich der Kanzler mit Salisbury besonders gut und kam ihm noch freundlicher entgegen, als seit 1886 über den Rhein böse Gesinnung nach Deutschland hinüberschlug.

\*

## Vertreibung Alexanders I. von Bulgarien Österreichische Balkanpolitik

Die Sorgen des Reichskanzlers wurden durch die Entwicklung der Dinge in Rußland vermehrt. Es war eine ware Sisyphusarbeit, wie er die russischen und die österreichischen Interessen stets aufs neue auszugleichen bemüht war und wie die Eifersucht der zwei Mächte

trotzdem immer wieder aufsprang. Die zwei Abkommen von 1881 und 1884 (Seite 57) vertagten zwar den Streit, aber unmittelbar darauf brach er in der früheren Schärfe wieder aus.

Der Anstoß kam von Bulgarien her. Die Truppen des Zaren hatten die Balkanhalbinsel 1880 verlassen müssen, aber die russische Regierung behielt noch einen Fuß im Steigbügel, da das junge bulgarische Heer von russischen Generalen und Offizieren organisiert und befehligt wurde. Fürst Alexander von Bulgarien empfand die Satrapenrolle, zu der er verurteilt war, als Demütigung und erregte durch sein Streben nach Unabhängigkeit den Unwillen des Petersburger Hofes. Die Abneigung des Zaren gegen ihn wuchs, als die Bulgaren sich 1885 herausnahmen, aus eigener Kraft die Vereinigung ihres Fürstentums mit Ostrumelien durchzusetzen. Ohne in Petersburg anzufragen, erhob sich die Patriotenpartei, verjagte den türkischen Statthalter aus Philippopel und sprach den Anschluß Ostrumeliens an das Hauptland aus. Nun stand die Vereinigung zwar auch auf dem Programm der russischen Regierung, war aber als großmütiges Geschenk vermerkt, das ein fügsames Bulgarien aus der Hand des Zaren entgegennehmen sollte. Es erbitterte den Kaiser Alexander, daß der junge Bulgarenfürst nicht geduldig auf diese Gnade wartete, sondern mit der Nationalpartei gemeinsame Sache machte. Der Fürst hatte aber nur die Wahl zwischen diesem Einverständnis oder der Vertreibung aus seinem Lande. Darauf wurde in Petersburg jedoch nicht Rücksicht genommen, der Zar ließ ihn seinen Zorn fühlen und rief die russischen Generale und Offiziere aus Bulgarien ab. Der junge Staat, so rechnete man in Petersburg, werde aus eigener Kraft nicht bestehen können und das bulgarische Volk reuig zu den Füßen des Zaren zurückkehren.

Das Wiener Kabinett, das sich durch die Abmachungen von Skernewice und Kremsier gebunden glaubte, hielt auch jetzt zu Rußland und sprach sich — ebenso wie Deutschland — mit aller Bestimmtheit in konservativem Sinne aus. In einer Rede vor den Delegationen verurteilte Graf Kalnoth, der Minister des Außern, die Urheber der Revolution von Philippopel und bestand auf der Notwendigkeit, die zwei bulgarischen Gemeinwesen wieder zu trennen. Dem trat jedoch Graf Andrassy entgegen. Er erfaßte sofort die Bedeutung des Ereignisses und billigte es, daß sich das bulgarische Volk der Vormundschaft Rußlands entzog. Auf dem Berliner Kongreß waren Andrassy

und Disraeli von der Ansicht ausgegangen, die neue Schöpfung werde ein Vasallenstaat Rußlands bleiben, deshalb setzten sie die Verkleinerung und Zerteilung des befreiten Bulgariens durch. Jetzt aber war diese Gefahr überwunden. Deshalb riet Andrássy dem Kaiser Franz Joseph in einer im Herbst 1885 eingereichten Denkschrift, sich des um sein nationales Dasein kämpfenden Volkes anzunehmen, die Vereinigung gützuheißen und Rußland völlig aus der Balkanhalbinsel hinauszumandrieren.

Dazu konnte sich Kalnozy in diesem Zeitpunkte nicht entschließen. Andrássy war feurig, kühn, großer Pläne voll, Kalnozy bedächtig, ein vorsichtiger Diplomat der alten Schule, der sich erst allgemach zu einer größeren Auffassung durcharbeitete, dann aber seinen Mann stellte. Während der eine dem Kaiser riet, den Russen sofort kräftig entgegenzutreten, zog der andere vor, die Verbindung mit Petersburg zu pflegen. In einer Gegenschrift erinnerte Kalnozy daran, daß Andrássy als Minister das Drei-Kaiser-Verhältnis gleichfalls solange wie möglich aufrechtgehalten hatte. Der Kaiser entschied für den Minister des Außern: dieser, so sagte er, eigne sich besser dazu, einen Knoten behutsam zu lösen, Andrássy dagegen, ihn zu zerhauen<sup>1)</sup>.

Dementsprechend kam das Wiener Kabinett mit dem Petersburger und dem Berliner überein, Ostrumelien wieder von Bulgarien loszulösen. Kalnozy sah es nicht ungern, daß die Serben, von Eifersucht auf Großbulgarien erfaßt, zum Schwerte griffen; indessen wurde König Milan vom Bulgarenfürsten bei Slivniza am 19. November 1885 besiegt, durch ein Heer also, aus dem alle russischen Offiziere vom Zaren abberufen worden waren. Milan bat in seiner Bedrängnis Kaiser Franz Joseph um Hilfe, der vermittelnd dazwischentrat, den Frieden herbeiführte und Serbien vor Gebietsverlusten rettete. So behauptete sich Bulgarien den drei Kaisermächten zum Trotz in seinem vergrößerten Umfang.

Kalnozy hatte also danebengegriffen, indessen sorgte Rußland dafür, daß er seinen Fehler bald gutmachen konnte. Die Petersburger Regierung erlaubte sich unerhörte Übergriffe: auf ihr Betreiben wurde Fürst Alexander 1886 von Verschwörern aus seinem Lande entführt und nach Rußland gebracht. Als er freigelassen wurde und in sein

<sup>1)</sup> Vgl. den Aufsatz über Kalnozy von H. Friedjung in Bettelheims „Biographischem Jahrbuch“ (3. Bd., Berlin 1900) und den in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ (51. Bd., 1905) von Berthold Molden.

Land zurückkehrte, nötigte ihn Rußland zur Abdankung. Hierauf wollte der Zar die Bulgaren durch seinen Abgesandten Baron Kaulbars zwingen, einen russischen Untertan, den Fürsten von Mingrelien oder den General Ignatiew, zu ihrem Herrscher zu wählen. Dessen aber weigerte sich das bulgarische Volk, an dessen Spitze der furchtlose und kraftvolle Stefan Stambulow stand. Da erkannte Kalnoßy, daß Rußland den Plan zur Unterwerfung der Balkanhalbinsel wieder aufnahm, was auch er nicht zulassen mochte. Das Wiener Kabinett rückte also von dem Petersburger ab und nahm sich der Bulgaren an. Am 30. September 1886 erklärte der ungarische Ministerpräsident Koloman von Tisza im Reichstage, die Monarchie könne das Protektorat einer einzelnen Macht in Bulgarien nicht zulassen. Von dieser Rede war der Zar so verletzt, daß er zu einem österreichischen Diplomaten sagte: „Tisza hat Rußland und damit mich beleidigt.“ Kalnoßy aber schritt auf dem betretenen Wege fort und kündigte in einer am 13. November in den Delegationen gehaltenen Rede an, daß eine militärische Besetzung bulgarischen Landes durch russische Truppen die Donaumonarchie zu einer „entscheidenden Stellungnahme“ zwingen würde.

Mit diesem festen Auftreten Österreich-Ungarns war aber eine täglich wachsende Gefahr verbunden, die Kalnoßy durch sein zögerndes Vorgehen hatte vermeiden wollen. Fürst Bismarck versagte dem Wiener Kabinett seine Unterstützung, da er behauptete, Bulgariens Zugehörigkeit zum Interessensbereich Rußlands wäre auf dem Berliner Kongreß allgemein anerkannt worden. Dies aber wurde von Andrassy, den Kaiser Franz Josef darüber befragen ließ, in Abrede gestellt. Der Reichskanzler beharrte jedoch, um das gute Verhältnis Deutschlands zu Rußland nicht stören zu lassen, auf seinem Standpunkte und bemerkte am 11. Januar 1887 im Reichstage, Bulgarien gelte ihm so wenig wie dem Schauspieler im Hamlet das Schicksal Hekubas. „Es ist uns vollständig gleichgültig,“ so lautete die auch gegen Österreich-Ungarn gerichtete Erklärung, „wer in Bulgarien regiert und was in Bulgarien überhaupt wird. Wir werden uns in dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren.“ Die österreichisch-ungarische Regierung ließ sich jedoch nicht irremachen und sprach im Februar 1887 in den Delegationen den Betrag von 52½ Millionen Gulden zur Verstärkung ihrer Rüstungen an, der auch bewilligt wurde. In dieser Angelegenheit trennten sich zeitweilig die Wege des Wiener und des Berliner Kabinetts.